

cken. Nicht die idealtypische, sondern die realistische Intervention ist die bessere. Die Mitwirkung von Patienten und Patientinnen, deren Interesse und (im optimalen Fall) deren Begeisterung für die Aktivität sind die besten Garanten für eine längerfristige Aktivierung. Angehörige spielen eine wichtige Rolle! Aufgrund der begrenzten Verweildauer in einer Altentagesklinik können viele Interventionen nur angeschoben werden. Das aktive, im günstigsten Fall mehrmalige Erleben einer Aktivität im Rahmen von Belastungserprobungen während der teilstationären Behandlung erhöht die Chance auf deren Beibehaltung nach der Entlassung.

Die Erfahrung zeigt, dass eine erfolgreiche Integration in eine soziale Gemeinschaft nachweislich zu einer Stabilisierung des psychischen Gesundheitszustandes der Betroffenen beiträgt. Neue beziehungsweise reaktivierte Aktivitäten wirken Vereinsamungstendenzen entgegen und erhöhen die subjektiv erlebte Lebenszufriedenheit. Dies zeigt sich in einer Verbesserung des Selbstbildes der Patienten und Patientinnen und wird durch sich aus den neuen Aktivitäten ergebenden Sozialkontakte und eine damit verbundene veränderte Strukturierung des Alltags erreicht.

► Allgemeines

Grundrechteagentur. Der Deutsche Bundestag befürwortet die Einrichtung einer EU-Grundrechteagentur. Die Koalitionsmehrheit hat sich am 1. Februar 2007 für das Vorhaben der EU-Kommission ausgesprochen. In einem Antrag rufen die Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD die Bundesregierung allerdings dazu auf, sich für eine „deutlich geringere personelle und finanzielle Ausstattung“ einzusetzen. Die Agentur, die über die Einhaltung der Grundrechte in der Europäischen Union und den potenziellen Beitrittsländern wachen soll, löst die bisherige EU-Beobachtungsstelle gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ab, die mit nur 37 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und jährlich 8,2 Mio. Euro arbeitet. Abgelehnt wurden in der ersten Lesung die Anträge der FDP, die die Agentur für überflüssig hält, und der Grünen, die sich für eine andere inhaltliche Ausrichtung der Behörde einsetzen. *Quelle: Das Parlament 6.2.07*

Arbeitslose mit Migrationshintergrund. Die Sprachförderung allein reicht bei Arbeitslosen mit Migrationshintergrund häufig nicht aus, um ihnen den Einstieg in eine neue Beschäftigung zu ermöglichen. Gute Deutschkenntnisse sind zwar eine wichtige Voraussetzung für die Integration in den Arbeitsmarkt, doch aufgrund der oft nur geringen beruflichen Qualifikationen bleibt ein hohes Arbeitsloskeitsrisiko weiter bestehen. Eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung schlägt deshalb vor, die Betroffenen zusätzlich beruflich zu qualifizieren. Die Ergebnisse von Sprachkursen sind bisher „vergleichsweise unbefriedigend“. In den Jahren 2004 und 2005 war sechs Monate nach Abschluss der Maßnahme immer noch mehr als die Hälfte der Teilnehmenden arbeitslos gemeldet. Rund 50 % der bisher geförderten Personen haben keinen Hauptschulabschluss, fast 90 % können keine abgeschlossene Berufsausbildung vorweisen. Dies bedeutet, dass die Betroffenen vermutlich auch unabhängig von ihrem Migrationsstatus erhebliche Probleme am Arbeitsmarkt haben. Die berufsbezogenen Sprachkurse dürfen jedoch nicht als Misserfolg gewertet werden. Sie sind bei gering qualifizierten ausländischen Arbeitslosen als Vorbereitung oder Ergänzung einer beruflichen Qualifizierung auch künftig sinnvoll. *Quelle: Presseinformation des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vom 1. Februar 2007*

„Zu Ihrer Sicherheit“. Unfallversichert im Ehrenamt. Hrg. Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Eigenverlag. Bonn 2006, 69 S., kostenlos *DZI-D-7875*

Ehrenamt schützt vor Unfällen nicht. Das mag bei kleinen Schnittwunden unerheblich sein, nicht aber, wenn ein Unfall bleibende Gesundheitsschäden verursacht. Spätestens dann brauchen die Betroffenen Antworten auf wichtige Fragen: Wer hilft mir jetzt, wer kümmert sich um eine optimale Behandlung, wer bezahlt die benötigten Hilfsmittel und was bekomme ich, wenn ich nicht mehr voll arbeiten

kann? Diese Fragen beantwortet die vorliegende Broschüre. Sie berücksichtigt die seit dem Jahr 2005 veränderten Rahmenbedingungen und informiert darüber, wer Anspruch auf Leistungen der gesetzlichen Unfallversicherung hat und wer nicht. Download unter www.bmas.bund.de oder Bestellung unter Tel. 01 80/51 51 510, Fax: 01 80/51 51 511 E-Mail: info@bmas.bund.de

Gesucht: 1,2 Mio. zusätzliche Arbeitsplätze. Nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung müssen bis 2030 zwischen 1,2 und 3 Mio. zusätzliche Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen werden, um alle älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die durch die Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre länger arbeiten müssen, versorgen zu können und um ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu verhindern. *Quelle: Deutsche Angestelltenzeitung 1.2007*

► Soziales

Ende des Jahres 2005 rund 81 000 Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger. „Sozialhilfe im engeren Sinne“, also laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, erhielten bis zum Jahresende 2005 in Deutschland rund 81 000 Personen. Infolge der gesetzlichen Änderungen zum 1. Januar 2005 ging die Zahl der Hilfebeziehenden im Vergleich zum Jahresende 2004 um 97,2 % zurück. Die Sozialhilfequote, der Anteil der Hilfebeziehenden an der Bevölkerung, verringerte sich damit zum Jahresende 2005 auf 0,1 %. Die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt soll den Grundbedarf vor allem an Nahrung, Kleidung, Unterkunft und Heizung decken. Ursache für den drastischen Rückgang der Empfängerzahlen ist das Inkrafttreten des „Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ (Hartz IV). Seitdem erhalten bisherige Sozialhilfeempfänger und -empfängerinnen im engeren Sinne, die grundsätzlich erwerbsfähig sind, sowie deren Familienangehörige Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch „Grundsicherung für Arbeitsuchende“. Sozialhilfe im engeren Sinne erhalten seit Anfang 2005 somit nur noch vorübergehend Erwerbsunfähige, längerfristig Erkrankte oder Vorruhestandsrentner und -rentnerinnen mit niedriger Rente. *Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes 31/2007*

Anerkennung der Unterkunftskosten bei Wohneigentum. Aufgrund sich häufender Beschwerden von Eigentumswohnungs- und Eigenheimbesitzenden, die auf Leistungen aus dem Sozialgesetzbuch (SGB) II angewiesen sind, stellt die Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen e.V. (BAG-SHI) klar, dass bei selbst genutztem Wohneigentum die angemessenen tatsächlichen Aufwendungen für die Unterkunft zu übernehmen sind. Probleme bereiten den zuständigen Leistungsstellen offensichtlich einerseits die nach § 7 der Verordnung zur Durchführung des § 82 SGB XII zu übernehmenden Aufwendungen von Wohneigentümern, andererseits die Definition der gesetzlich vorgeschriebenen Gewährung der als „angemessen“ anzuerkennenden Heizungskosten. Die BAG-SHI macht deutlich, dass bei selbst genutztem Wohneigentum Schuldzinsen in voller Höhe, Erhaltungsaufwendungen und Reparaturen, die keine wertsteigernden Erneuerungsmaßnahmen darstellen, übliche und anerkannt notwendige Versicherungen und Be-

wirtschaftungsaufwendungen als notwendige Ausgaben anzuerkennen sind. *Quelle: Pressemitteilung der BAG-SHI vom Januar 2007*

Armutsbeauftragte. Vor dem Hintergrund der wachsenden Armut in Deutschland fordert der Sozialverband VdK die Einsetzung einer oder eines Armutsbeauftragten bei der Bundesregierung. Angesichts von 10,6 Mio. armutsgefährdeten Menschen im Lande müsse die Politik jetzt ein sichtbares Zeichen setzen, forderte die Landesvorsitzende des VdK Bayern, Ulrike Mascher. Man habe mit Regierungsbeauftragten für besondere Problemfelder, wie mit Ausländer-, Drogen- oder Behindertenbeauftragten, gute Erfahrungen gemacht. Ein Armutsbeauftragter könne darauf einwirken, dass künftig alle Sozialreformen und Haushaltsbeschlüsse einem „Armutstest“ unterzogen werden. Gesetzesvorhaben und Haushaltskürzungen, die die Gefahr in sich bergen, die Armut weiter zu erhöhen, müssten unterbleiben. Armutsbekämpfung und -vermeidung sei eine Querschnittsaufgabe, der sich Sozialpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Gesundheitspolitik und Bildungspolitik gleichermaßen widmen müssten. *Quelle: VdK Zeitung 2.2007*

► Gesundheit

Krankenkassenwechsel. Wenn eine Krankenkasse den Beitrag erhöht, berechtigt das Versicherte zur Sonderkündigung. Grundsätzlich ist der Wechsel von einer gesetzlichen Kasse zu einer anderen alle 18 Monate möglich, erläuterte die Verbraucherzentrale Baden-Württemberg. Im Fall einer Beitragserhöhung können Versicherte ihre Kasse allerdings innerhalb von zwei Monaten wechseln. Bei einer Beitragserhöhung zum Jahreswechsel können Betroffene zum Beispiel bis zum 28. Februar kündigen. Wer sich mit der Kündigung Zeit bis Ende Februar lässt, ist erst ab dem 1. Mai Mitglied der neuen Kasse, klärten die Experten auf. Denn das entsprechende Schreiben muss bis zum Ende des auf die Erhöhung folgenden Kalendermonats bei der Krankenkasse eingegangen sein. Die alte Kasse hat die Kündigung innerhalb von 14 Tagen schriftlich zu bestätigen. Die Bestätigung muss der neuen Kasse vorgelegt werden, die daraufhin eine Mitgliedsbescheinigung und eine neue Chipkarte ausstellt. Die Bescheinigung ist der bisherigen Kasse und dem Arbeitgeber vorzulegen, erst dann ist die Kündigung wirksam. *Quelle: SoVD Zeitung, Sozialverband Deutschland 2.2007*

Brainwalking. Durch die Natur streifen und das Gehirn trainieren: Brainwalking heißt ein neues Workout. Eine Studie der Universität Erlangen belegt, dass die Kombination aus Gedächtnis- und Bewegungstraining dem Hirnalterungsprozess entgegenwirkt. Bereits zehn Minuten Brainwalking täglich reichen, um die Merkfähigkeit und Konzentrationskraft zu verbessern. Das „Erfolgsgeheimnis“ ist die ideale Kombination aus Bewegung und Denksport-, Sinnes- und Erinnerungsübungen. Brainwalk-Kurse werden bereits in vielen deutschen Städten angeboten. Besonderer Wert wird dabei auf die Vernetzung beider Gehirnhälften gelegt. Denn im Berufsalltag wird überwiegend die analytisch-rationale linke Seite gefordert, beim Brainwalking dagegen bewusst auch die rechte Gehirnhälfte aktiviert, mit der die Kreativität ausgelebt wird. *Quelle: Kurier, Bundesorgan des Bundesverbandes für Rehabilitation und Interessenvertretung Behinderter*

Jung und gesund? Prämierte Arbeiten des BKK-Innovationspreises Gesundheit 2005. Hrsg. BKK Landesverband Hessen. Mabuse-Verlag. Frankfurt am Main 2006, 153 S., EUR 17,90 *DZI-D-7810*

Babys, Kinder, Jugendliche – dank Früherkennung, Vorsorgeuntersuchungen, Präventionsangeboten und individueller Fördermaßnahmen haben sie alle Chancen, 100 Jahre und älter zu werden. Oder? In den letzten Jahrzehnten hat sich die Gesundheit von Kindern in mancher Hinsicht positiv entwickelt. Aber sind sie wirklich gesünder als vor 30 Jahren? Waren es früher eine hohe Kindersterblichkeit und Infektionskrankheiten, so umfasst das Krankheitspektrum heute somatische und psychische Störungen oder chronische Erkrankungen. „Jung und gesund?“ war das Motto des BKK-Innovationspreises Gesundheit 2005. Der Preis prämiert hervorragende wissenschaftliche Arbeiten von Studierenden, Absolventinnen und Absolventen von Hochschulen, die Theorie und Praxis miteinander verbinden und die in diesem Band veröffentlicht sind.

Lebenshilfe-Gründer Tom Mutters wurde im Januar 2007 90 Jahre alt. Als UNO-Beauftragter für „Displaced Persons“ – Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter, KZ-Häftlinge sowie andere Menschen, die von den Faschisten verschleppt worden waren – lernte der gebürtige Niederländer nach dem Zweiten Weltkrieg das Elend geistig behinderter Kinder in den Lagern und in der hessischen Anstalt Goddelau kennen. Zusammen mit Eltern und Fachleuten gründete Tom Mutters 1958 in Marburg die Bundesvereinigung Lebenshilfe, deren Geschäftsführer er 30 Jahre lang war. In Deutschland hat sich die Lebenshilfe mit 130 000 Mitgliedern in rund 540 Ortsvereinigungen zur größten Selbsthilfeorganisation für geistig behinderte Menschen und ihre Angehörigen entwickelt. Das Angebot der Hilfen umfasst Frühförderung, familienlastende Dienste, Kindertageseinrichtungen, Schulen, Freizeitangebote, Werkstätten für behinderte Menschen sowie Wohnformen mit mehr oder weniger intensiver Betreuung bis ins Alter. *Quelle: Pressemitteilung der Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V. vom Januar 2007*

► Jugend und Familie

200 000 Kinder außerehelich geboren. Fast 30 % der 2005 geborenen Kinder kamen nach einer Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes außerehelich zur Welt. Grund genug um erneut festzustellen, dass die Förderung durch das Ehegattensplitting an immer mehr Familien vorbeigeht. Alleinerziehende und nicht eheliche Paare mit Kindern werden von Jahr zu Jahr mehr. Während die Zahl traditioneller Ehepaarfamilien zurückgeht, entscheiden sich immer mehr Eltern ohne Trauschein für Kinder. Der Geburtenrückgang könnte damit eher als Absage an traditionelle Familienmodelle verstanden werden. Erwachsene entscheiden sich mehr und mehr dafür, in autonomen und gleichberechtigten Familienformen zu leben. „Die Einelternfamilie“, so Edith Schwab, Bundesvorsitzende des Verbandes alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) e.V., „ist eine zukunftsweisende Lebensform. Das sollte sich endlich in einer zeitgemäßen Familienförderung niederschlagen. Der VAMV fordert seit Jahren die Individualbesteuerung und eine Grundsicherung für Kinder. Die Einführung einer Kinderkomponente beim Ehegattensplitting

führt zur Zementierung des traditionellen Modells. Vom Splitting profitieren nur Familien, bei denen ein Erwachsener besonders viel verdient: also die sogenannte Hausfrauenehe. Kinder von nicht verheirateten Paaren werden von diesem Modell nicht profitieren. Zukunftsfähige Konzepte liegen vor, sie müssen nur endlich umgesetzt werden.“ *Quelle: DBSH-Newsletter 2.2007*

Ein Jahr nach der Arbeitsmarktreform: Erste Erfahrungen der Jugendhilfe mit Hartz IV. Dokumentation. Hrsg. Verein für Kommunalwissenschaften e.V. Selbstverlag. Berlin 2006, 160 S., EUR 17,- *DZI-D-7830*

Das inhaltliche Anliegen der in diesem Band dokumentierten Veranstaltung war, erste Erfahrungen zum Stand der Umsetzung von Hartz IV in der Jugendberufshilfe der Kommunen zu diskutieren, Probleme zu identifizieren und gemeinsam über mögliche Strategien nachzudenken. Im Mittelpunkt der Tagung standen Zuständigkeits- und Rechtsfragen zu den Sozialgesetzbüchern II, III und VIII; Erfahrungswerte an der Schnittstelle „Fall- und Casemanagement“ inklusive Qualifizierung und Profiling; Vorstellung von Teilnehmungsmodellen und deren Auswirkung auf Hilferläufe und die Fragen nach der regionalen Vernetzung versus strukturelle Kooperationsbedingungen, auch im Hinblick auf den Einmischungsauftrag der Jugendhilfe. Bestellanschrift: Verein für Kommunalwissenschaften e.V., Ernst-Reuter-Haus, Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin, Tel.: 030/390 01-146, Fax: 030/390 01-136 E-Mail: agfj@vfk.de

Hermine-Albers-Preis 2008. Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) schreibt in der Kategorie Praxispreis der Kinder- und Jugendhilfe wieder den Hermine-Albers-Preis zu dem Thema „Jugendliche mit rechtsextremer Ausrichtung – eine Herausforderung für die Praxis“ aus. Träger der Jugendhilfe reagieren auf die Herausforderung, die rechtsextrême junge Menschen für sie darstellen, auf unterschiedliche Weise und machen sie zum Ausgangspunkt ihres fachlichen und pädagogischen Handelns. Als Teil gesellschaftlicher Gesamtstrategien setzen pädagogische Konzepte gegen Rechtsextremismus auf verschiedenen Ebenen an und zielen auf unterschiedliche Adressatengruppen. Für den Deutschen Kinder- und Jugendhilfepreis 2008 (dotiert mit 4 000 Euro) sollen Arbeiten eingereicht werden, die in der Praxis der Jugendhilfe Ansätze, Modelle und neue Wege aufzeigen oder die entsprechende pädagogische Handlungsstrategien und Perspektiven entwickeln. Einsendeschluss ist der 5. November 2007. Information: AGJ, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Tel.: 030/400 40-200, Fax: 030/400 40-232

► Ausbildung und Beruf

Haus der Gesundheitsberufe in Berlin eröffnet. Im Januar 2007 hat das Zentrum für die deutschen Gesundheits- und Pflegeberufe seine Arbeit aufgenommen. Es wurde von vier führenden berufsständischen Gesundheits- und Pflegeverbänden gegründet, die mit 1,2 Mio. Menschen die größte Arbeitnehmergruppe im deutschen Gesundheitswesen repräsentieren. Das Haus der Gesundheitsberufe in Berlin-Tiergarten, unweit des Regierungsviertels gelegen, soll die politische Gremienarbeit der vier Spitzenverbände bündeln, Synergieeffekte nutzen und von Berlin aus neue Impulse für die Weiterentwicklung des Gesund-

heitswesens in der Bundesrepublik Deutschland geben sowie wichtige, gesundheitspolitische Reformen wie die Pflegeversicherung formulieren. In dem Haus haben neben dem Dachverband des deutschen Pflege- und Hebammenwesens, dem Deutschen Pflegerat e.V., auch der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe, der Verband Bundesarbeitsgemeinschaft Leitender Pflegepersonen e.V. sowie die Deutsche Gesellschaft für Fachkrankenpflege und Funktionsdienste e.V. ihr Domizil gefunden. Information: Deutscher Pflegerat e.V., Salzufer 6, 10785 Berlin, Tel.: 030/21 91 57-0, Fax: 030/21 91 57-77

Sozialarbeiterinnen und -arbeiter für Sonderschulen. Mitte Februar 2007 starteten an 58 Berliner Sonderschulen neue Projekte der Jugendsozialarbeit, um die „Schuldistanz“ von Sonderschülerinnen und -schülern abzubauen. An jedem Standort wurde eine halbe Sozialarbeiterstelle eingerichtet, teilte die Senatsbildungsverwaltung mit.
Quelle: Berliner Zeitung vom 12. Februar 2007

Erste Bachelorabsolvierende des Online-Studiengangs Soziale Arbeit. Die ersten Absolvierenden des Fernstudiums Bachelor of Arts: Soziale Arbeit (BASA-Online) erhielten nach vier Jahren Online-Studium an der Hochschule Fulda ihren Abschluss. Zielgruppe dieses Studiengangs sind Berufstätige im Sozialen Bereich, die noch keinen oder keinen passenden akademischen Abschluss haben. Insbesondere Erzieherinnen und Erzieher fühlen sich von dem Angebot angesprochen, aber auch andere Berufsgruppen arbeiten im sozialen Bereich und wollen mit diesem Studium ihre Berufstätigkeit professionalisieren. Information: Zentralstelle für Fernstudien an Fachhochschulen, Rheinau 3-4, 56075 Koblenz, Tel.: 02 61/915 38-16, Fax: 02 61/915 38-714, E-Mail: m.klinkner@zfh.de

Deutsche Gesellschaft für Systemische Soziale Arbeit. Im Dezember 2006 wurde in Frankfurt am Main die Deutsche Gesellschaft für Systemische Soziale Arbeit (DSSA) gegründet. Professor Dr. Hosemann wurde als erster Vorsitzender gewählt. Der Verein will die Praxis und Forschung im Bereich der systemisch ausgerichteten Sozialen Arbeit fördern. *Quelle: DBSH-Newsletter 2.2007*

19.-20.4.2007 Berlin. Fachtagung: Kunststück Erziehung. Familienbildung als Angebot der Kinder- und Jugendhilfe. Information: Verein für Kommunalwissenschaften e.V., Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe, Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin, Tel.: 030/39 00 11 36, Fax: 030/39 00 11 46 E-Mail: agfj@vfk.de

20.-21.4.2007 Würzburg. Fachtagung: Kinderrechte sind Menschenrechte. Information: Deutscher Kinderschutzbund, Landesverband Bayern e.V., Arabellastraße 1, 81925 München, Tel.: 089/92 00 89-0, Fax: 089/92 00 89-29, E-Mail: dksb.lv.bayern@t-online.de

9.-10.5.2007 Leipzig. Bundesfachtagung: Kinder erreichen! Eine Auseinandersetzung mit den Lebenswelten von Kindern, Jugendlichen und Familien. Information: Evangelischer Erziehungsverband (EREV) e.V., Flüggestraße 21, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/39 08 81-15, Fax: 05 11/39 08 81-16, E-Mail: p.wittschorek@erev.de

10.-11.5.2007 Neckargemünd. Fachtagung: Jugendhilfe im Spannungsfeld von Psychiatrie und Pädagogik. Chancen, Grenzen, Perspektiven. Information: Berufsbildungswerk Neckargemünd gGmbH, Im Spitzerfeld 25, 69151 Neckargemünd, Tel.: 062 23/89-26 37, Fax: 062 23/89-21 30 E-Mail: martina.hartmann@bbw.srh.de

14.5.2007 Bad Boll. Pädagogischer Intensivtag mit Hartmut von Hentig: Bewährung statt Belehrung. Engel und Ekel in der Pubertät. Information: Evangelische Akademie, Akademieweg 11, 73087 Bad Boll, Tel.: 071 64/79-0, Fax: 071 64/79-53 96

17.-19.5.2007 Tübingen. Workshoptagung: Emotionen in der Psychotherapie. Information: Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie (DGVT) e.V., Postfach 13 43, 72003 Tübingen, Tel.: 070 71/94 34 34, Fax: 070 71/94 34 35 E-Mail: awk@dgvt.de

1.-3.6.2007 Bad Honnef. Fortbildung: Teenagerschwangerschaften & Verhütungsmittel-Update. Information: Verein zur Förderung von Sexualpädagogik e.V., Institut für Sexualpädagogik, Huckarder Straße 12, 44147 Dortmund, Tel.: 02 31/14 44 22, Fax: 02 31/16 11 10 E-Mail: info@isp-dortmund.de

9.-10.6.2007 Berlin. Einführungsseminar: Psychoanalytisch-systemische Familientherapie. Information: Institut Triangel e.V., Horstweg 35, 14059 Berlin, Tel.: 030/32 60 93-28, Fax: 030/32 60 93-29 E-Mail: info@Institut-Triangel.de